Herr Schober erläutert den Mitgliedern die Ergebnisse der Elternbefragung. Die Ergebnispräsentation im pdf-Format ist dem Protokoll als Anlage beigefügt und wird zudem im Ratsinformationssystem hinterlegt (dort farblich).
Es wird insbesondere festgestellt, dass in Bergneustadt mit insgesamt rd. 43 % eine geringe Beteiligung bzw. ein schwacher Rücklauf vorliegt, während es in anderen Gemeinden landesweit Beteiligungsquoten von rund 75 % und höher gibt. Auch aus den entscheidenden Jahrgangsstufen 3 und 4 votierten nur 40 % bzw. 54 % der Angeschriebenen.
Basierend auf der Frage nach den zukünftigen Anmeldeverhalten kann trotzdem 1. prognostiziert werden, dass die Anmeldezahlen für die Hauptschule weiterhin rückläufig sein werden, 2. durch die Mehrfachankreuzungen für Realschule/Gymnasium bzw. Realschule/Gymnasium/Gesamtschule nicht sicher vorausgesagt werden kann, ob die Realschule die bisherigen Anmeldezahlen erreichen wird sowie 3. die Schulwahlorientierung zur Gesamtschule, welche niedriger als die tatsächlichen Aufnahmezahlen ausfallen, als durchaus typisch angesehen werden, weil eine Gesamtschule von den Schülern/Eltern erst relativ spät gewählt wird.
Bei der Auswertung zur Frage, ob ein Bedarf für eine Sekundarschule besteht, ist hervorzuheben, dass es nur eine schwache Basis gibt, die mit „ganz bestimmt“ votierte, während die eindeutigen Ablehnungen (Antwort: „bestimmt nicht“) stark vertreten waren. Insgesamt liegt das negative Votum, bestehend aus den Antwortmöglichkeiten „bestimmt nicht“ und „eher nein“, in den Jahrgängen 3 & 4 bei rund 70 %.
Bei den Wechselbeziehungen zwischen den Fragen 2 („… an welcher Schulform werden Sie Ihr Kind anmelden?“) und 3 („… würden Sie Ihr Kind an einer Sekundarschule anmelden?“) ist festzustellen, dass die eindeutigen Schulorientierungen der Frage 2 mit nur einer Antwort für „Realschule“ oder „Gymnasium“ eine weitgehend ablehnende Haltung gegenüber einer Sekundarschule beinhalten. Die unschlüssigen Eltern, d.h. Fragebögen mit Mehrfachankreuzungen, äußerten sich gegenüber einer Sekundarschule positiver. Besonders hervorzuheben ist die zustimmende Haltung („ganz bestimmt“ und „eher ja“) bei den Eltern, die die Beschulung an einer Gesamtschule ins Auge gefasst haben.
Als Ergebnis sieht Herr Schober die Erreichung der notwendigen Anmeldezahlen auch bei einer Hochrechnung als schwierig an; die vom Landesgesetzgeber geforderte Dreizügigkeit mit mind. 75 Kindern wird wohl nicht zu erreichen sein.
Die Zukunftstendenzen fasst er wie folgt zusammen: der Bestand der Hauptschule ist weiterhin gefährdet, bei deren Schließung muss die Realschule die Schüler mit Hauptschulempfehlung aufnehmen, das Gymnasium wird zur Bildung der Eingangsklassen ihren Anteil zu Lasten der Realschule erhöhen und statt wie bisher jeder vierte wird zukünftig jeder dritte Schüler zu einer Gesamtschule auspendeln.

Anschließend beantwortet Herr Schober die Fragen der Anwesenden. In der nachfolgenden Debatte wird intensiv über die Aussagekraft der Befragung hinsichtlich der Beteiligungsquote diskutiert. Auch die Frage von Herrn Grütz, ob die Anmeldeabsichten zum Gymnasium und die daraus resultierenden Ablehnungen zu einer Sekundarschule differenzierter betrachtet werden müssen, wird thematisiert. Stv. Krieger bemängelt, dass die Umfrage die Möglichkeit, sich zum Bedarf nach einer Gesamtschule in Bergneustadt zu äußern, nicht einschloss.
Die Schulleiterin der KGS, Frau Bins, bekundet das Anmeldeverhalten der Eltern aus ihrer Erfahrung nicht als „unsicher“ oder als „nicht wichtig genug“, sondern dass die erste Wahl das Wüllenweber-Gymnasium sei und wenn dort keine Anmeldung möglich wäre, die Realschule gewählt wird. Insofern wählen die Eltern aus dem örtlich und kapazitätsmäßig zur Verfügung stehenden Angebot diejenige Schule aus, die den höchsten Schulabschluss anbietet. Dies

wiederum eröffnet den umliegenden Gesamtschulen in näherer Zukunft weitere Chancen auf Einpendler aus Bergneustadt.
Herr Dürr, Rektor der Hauptschule, kritisiert die Gegenüberstellung zwischen der ausgewerteten Schulorientierung und der tatsächlich vollzogenen Schulwahl der vergangenen Schuljahre, da Wunsch und Wirklichkeit nicht vergleichbar sind. Im Gegensatz zur Schulentwicklungsplanung rechnet er aufgrund des großen Zuspruchs von Eltern/Schülern aus den Nachbarkommunen, dass die Hauptschule mittelfristig weiterhin zweizügig sein wird. Zu den unabwendbaren Veränderungen, die eine Schließung zur Folge hat, ist insbesondere den Ausführungen von Herrn Schober hinzuzufügen, dass Schüler/innen in Schulen der Stadt Bergneustadt aufzunehmen sind, die erstmals nach Deutschland einreisen und der deutschen Sprache nicht mächtig sind sowie Kinder, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf besitzen oder gar lern-/körperbehindert sind (Inklusion). Eine Aufnahme dieser Schüler in den Nachbarkommunen, so Herr Dürr, ist illusorisch. Er appelliert daher eindringlich an die Anwesenden, die Hauptschule nicht „abzuschreiben“, sondern die Arbeit der Hauptschule zu unterstützen und notwendige Zeit für Veränderungen einzuräumen.
Stv. Pütz beantragt, dem Rat eine Empfehlung auszusprechen, die den Status quo der hiesigen Schulstruktur festschreibt. Herr Kamp sieht weiteren Beratungsbedarf und schlägt vor, dass die Schulentwicklung weiterhin beobachtet und in den nächsten Schulausschusssitzungen thematisiert werden soll.
Auf die Kritik von Stv. Schmid erläutert Frau Adolfs die Hintergründe der Vorlage und die Absicht der Verwaltung, der Politik eine neutrale und ergebnisoffene Vorlage vorzulegen, auf die flexibel eingegangen werden kann.
Frau Thamm formuliert die nachfolgende Empfehlung, die den Antrag von Herrn Pütz insofern modifiziert und über die der Ausschuss wie folgt abstimmt: